

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Dr. Marcel Huber

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
zum Artenschutz in Bayern - Bayerisches Artenschutzgesetz (Drs. 17/23106)  
- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache und bitte Herrn Dr. Magerl zum Rednerpult.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es trifft sich sehr gut, dass die beiden Themen Klimaschutz und Natur- und Artenschutz heute als letzte Tagesordnungspunkte dieser Legislaturperiode aufgerufen worden sind.

(Erwin Huber (CSU): Letzte Rede!)

– Ja, kommt schon noch, Herr Kollege Huber. – Es trifft sich deshalb gut, weil die CSU bei diesen Themen eigentlich die größten Defizite in diesem Land hinterlässt, wenn sie am 14. Oktober ihre Niederlage erleiden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

In keinem anderen Bereich versagen Sie so wie hier. Wer sich die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von heute Vormittag anschaut, stellt fest, dass vorkam, den Klimaschutz noch möglicherweise in die Verfassung zu nehmen, aber beim Bereich Natur- und Artenschutz war absolut Fehlanzeige. Ich finde es skandalös, dass in einer Regierungserklärung, bei der von der Zukunft Bayerns geredet wird, der wesentliche Bereich Natur- und Artenschutz mit keiner einzigen Silbe erwähnt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die CSU und die Staatsregierung lassen den Naturschutz in Bayern am ausgestreckten Arm verhungern. Sie haben versucht – das wurde heute Vormittag kurz deutlich –, sich auf den Lorbeeren der 1970er-Jahre – erstes Umweltministerium – auszuruhen.

Ja, das war damals ein Fortschritt. Damals gab es in Bayern auf diesem Sektor einen Fortschritt. Aber seitdem gibt es in Bayern auf diesem Gebiet fast nur Rückschritte. Schaut man sich den Natur- und Artenschutz an, stellt man fest: Wir haben immer länger werdende Rote Listen. Die für die Tier- und Pflanzenwelt wichtigen Lebensräume schwinden immer mehr. Die Intensität der Landnutzung nimmt immer mehr zu. Die Situation ist entsprechend katastrophal. Das stellen alle Experten fest. Alle Experten, ob von der Zoologischen Staatssammlung, den Universitäten oder den Naturschutzverbänden, kommen zum gleichen Ergebnis: Die Situation ist fatal. Um den Zustand der Natur und der Arten in Bayern ist es schlimm bestellt. Absolut dringendster Handlungsbedarf besteht. Deshalb haben wir, die GRÜNEN, zum Abschluss dieser Legislaturperiode noch unseren Gesetzentwurf zum Artenschutz in Bayern mit Änderungsvorschlägen zu diversen bayerischen Gesetzen eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle auf einige Punkte eingehen, soweit das im Rahmen der kurzen Redezeit möglich ist.

Wir, die GRÜNEN, wollen den Schutz von verschiedenen extrem gefährdeten Lebensräumen im Gesetz neu verankern und neu definieren. Ein wichtiger Aspekt ist der Schutz des Grünlandes. Dieser Lebensraum ist uns in den letzten Jahren durch die Finger geglitten. Das ist eine dramatische Entwicklung. Der Flächenverbrauch in Bayern ist mit 10 Hektar pro Tag immer noch katastrophal. Der Flächenverbrauch geht indirekt fast zu 100 % zulasten des Grünlandes. Dadurch verschwindet eine Lebensgemeinschaft, die zu den artenreichsten Lebensgemeinschaften Mitteleuropas zählt. Diese Lebensgemeinschaft wird immer kleiner und landet letztendlich auf der Roten Liste. Das gilt auch für die Flachland-Mähwiesen, die dazugehören. Dort ist es besonders dramatisch. Ich verweise hier auf ein Beispiel für Ihr Versagen im Bereich Naturschutz.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiet Paar, welches sich über die Landkreise Schwaben und Oberbayern erstreckt, sind von den 558 Hektar Flachland-Mähwiesen, die noch vor wenigen Jahren im Standarddatenbogen genannt worden sind, bei der Er-

stellung des Managementplans ganze 18,5 Hektar übrig geblieben. Innerhalb weniger Jahre ist das Gebiet von 558 Hektar auf 18,5 Hektar geschrumpft, und das trotz FFH-Status. Kolleginnen und Kollegen, das sind amtliche Zahlen. Das sind nicht meine Erhebungen. Das zeigt, wie dramatisch die Situation ist. Das zeigt, wie schlecht Sie im Bereich Naturschutz aufgestellt sind, speziell im Bereich des Personals bei den Unteren Naturschutzbehörden. Dort sitzen die Leute, die das Ganze letztendlich umsetzen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir, die GRÜNEN, fordern eine deutlich schärfere Kontrolle bzw. überhaupt eine Kontrolle – von "schärfer" brauchen wir gar nicht zu reden – der Ausgleichs- und Ersatzflächen in Bayern. Die Studie zum Zustand der Ausgleichsflächen in Bayern, die das Landesamt für Umwelt hat erstellen lassen – in diesen Bereich fließen Millionenbeträge –, kommt zum Ergebnis: Nur ein Viertel der Gebiete ist gut. Ein Viertel geht so. Ein Viertel ist schlecht, und ein Viertel ist überhaupt nicht angelegt worden, da es nicht gefunden wurde. Das ist ein Skandal. Hier wird ein Gesetz nicht vollzogen. Das Bundesnaturschutzgesetz, § 15 ff., wird nicht vollzogen. Das ist in Bayern offensichtlich gleichgültig. Darum muss man sich kümmern. Die Kontrolle für diese Flächen muss im Gesetz verankert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfassung und die Kartierung liegen in Bayern besonders im Argen. Die Biotopkartierung und das Arten- und Biotopschutzprogramm Bayern sind im nationalen Bereich durchaus Flaggschiffe über die Grenzen Bayerns hinaus. Sie sind aber auf dem ursprünglichen Stand stehen geblieben. Viele dieser Erhebungen befinden sich auf dem Ersterhebungsstand von vor 30 Jahren. Damit kann man nicht operieren. Ich möchte die Reaktion des Innenministeriums sehen, wenn man ihm mitteilt: "Ihr nehmt die Zahlen von vor 30 Jahren. Die tun's schon für euch. Damit könnt ihr eure Planungen machen." Ich möchte sehen, wie die zu toben anfangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfassung der Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste muss in wesentlich kürzeren Abständen erfolgen. In Ihrer Biodiversitätsstrategie haben Sie erklärt, die Hälfte der Arten auf der Roten Liste bis 2020 um eine Stufe verbessern zu wollen. Bis heute sind noch 95 % der Arten auf der Roten Liste auf dem Stand von 2003. Wie wollen Sie überhaupt feststellen, ob eine Verbesserung eingetreten ist, wenn die zur Verfügung stehende Rote Liste 15 Jahre alt ist? So, wie Sie unterwegs sind, funktioniert es schlicht und ergreifend nicht.

Ich muss feststellen, dass Sie beim Natur- und Artenschutz auf der ganzen Linie versagt haben. Schlimmer könnte es nicht sein. Es geht hier um den Schutz des Lebens. Es geht um Lebewesen, die nicht mehr wiedergebracht werden können. Wenn sie ausgestorben sind, dann sind sie weg. Ausgestorben ist ausgestorben. Ausgestorbene Tierarten kann ich nicht wieder aus dem Ärmel schütteln. Sie versündigen sich an den kommenden Generationen. Die müssen dann in einer artenarmen Welt aufwachsen. Dann wird es kaum noch Vogelstimmen zu hören geben. Dann wird es kaum noch Blühpflanzen geben. Deshalb müssen wir dringend umsteuern. Das wollen wir mit diesem Gesetzentwurf erreichen. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie dringend um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nicht nur zum Abschluss meiner Rede, sondern zum Abschluss meiner Laufbahn im Bayerischen Landtag. Nach 27 Jahren habe ich mich entschlossen, an einem Auswilderungsprogramm teilzunehmen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte wieder in andere Bereiche gehen. Ich möchte mal wieder etwas anderes machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich mich bei allen für die manchmal durchaus heftigen und kontroversen Debatten bedanken. Lieber

Otto, speziell bei dir möchte ich mich für die gemeinsamen zehn Jahre in der Leitung des Umweltausschusses bedanken. Herzlichen Dank zum Abschluss. Pfiats eich, macht's es guad, wenn ned, komm ich in fünf Jahren wieder.

(Allgemeiner Beifall)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Schorer-Dremel.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wenn die GRÜNEN und die SPD heute von Naturschutz und Landwirtschaft reden, kann man bisweilen den Eindruck bekommen, wir würden in Bayern in einer grauen Ödnis mit verwelkten Sonnenblumen, ohne Tiere und mit rauchenden Industrieschloten leben.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das haben wir schon einmal gehört!)

Was die GRÜNEN hinsichtlich Umwelt- und Artenschutz im Gesetzentwurf fordern, setzen wir, die CSU-Fraktion, mit anderen Methoden und einer anderen Philosophie bereits um. Wir machen es erkennbar besser als die GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Dr. Christian Magerl (GRÜNE):  
So ein Witz!)

Überall dort, wo die GRÜNEN in der Regierungsverantwortung stehen, gibt es bei Weitem nicht so viel Naturschutz und nicht so viele ökologisch wirtschaftende Betriebe wie bei uns. Wir bringen Umwelt und Landwirtschaft zusammen. Lassen Sie mich hierzu ein paar Agrarumweltmaßnahmen nennen:

Der Anteil der Ökoflächen in Bayern beträgt 10,1 %. Die bayerischen Landwirte wirtschaften schon heute so nachhaltig und ökologisch wie nirgendwo sonst in Deutschland gewirtschaftet wird. Im Ökolandbau hat Bayern damit eine wesentlich bessere Entwicklung genommen als andere, lange Zeit rot-grün regierte Länder. In Nieder-

sachsen gibt es nur 3,8 % Ökolandbau, in Schleswig-Holstein nur 5,6 % und in Nordrhein-Westfalen nur 5,7 %. Die Ökoflächen haben in Bayern seit 2010 um fast 60 % zugenommen, in Nordrhein-Westfalen dagegen nur um 22 %. Wir sind in Deutschland das Ökoland Nummer eins. In Bayern gibt es 9.200 Biohöfe und über 300.000 Hektar ökologisch bewirtschaftete Fläche. Das kommt auch der Biodiversität zugute. Die Leistungen des Staates sind in Bayern deutlich höher als in anderen Bundesländern. Um nur einige Maßnahmen zu nennen: Die KULAP-Mittel wurden in den Jahren 2017 und 2018 auf jährlich 275 Millionen Euro erhöht. Alleine davon gehen 120 Millionen Euro auch in den Gewässerschutz. Im Bereich Biodiversität sind wir das einzige Bundesland, das eine zusätzliche Erweiterung und Verbesserung des KULAP im Umfang von 8 Millionen Euro vornimmt. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm inklusive dem VNP Wald umfasst derzeit rund 50 Millionen Euro jährlich. Hier werden von den Landwirten, von den Vertragsteilnehmern viele Umweltmaßnahmen sinnvoll umgesetzt.

Bayern gibt dabei weit mehr Geld für Agrarumweltmaßnahmen aus als die anderen Bundesländer. Der von der CSU-Landtagsfraktion beschlossene Haushalt 2018 umfasst für den Bereich Landwirtschaft mit der ländlichen Entwicklung 1,5 Milliarden Euro. Wir sind das Bundesland, das für eine nachhaltige Landwirtschaft das meiste Geld ausgibt und die größten Anstrengungen unternimmt.

(Beifall bei der CSU)

Schauen wir uns einmal den Bereich Wald an: Mit der Offensive "Waldumbau 2030" gibt die Staatsregierung die Richtung vor. Alljährlich werden 10.000 Privat- und Körperschaftswälder in artenreiche und klimatolerante Mischwälder umgebaut. Artenreich und klimatolerant – das sind hier die Schlagworte. Wir bleiben damit auch in Zukunft das Waldland Nummer eins. Wer sich in den Wäldern, die umgebaut worden sind, wie zum Beispiel im Steigerwald, überzeugen konnte, was dort an Biodiversität zu finden ist, weiß, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Da ist der ehemalige CSU-Landrat aber anderer Meinung!)

Unser KULAP und unser Vertragsnaturschutzprogramm umfassen 1,2 Millionen Hektar. Das sind fast 40 % der Fläche in Bayern. Ich glaube, dass wir stolz darauf sein können und dass wir Naturschutz und Landwirtschaft zusammenbringen, miteinander verknüpfen und nicht in Gegensatz zueinander stellen.

Wie auch von den GRÜNEN gefordert, sind die kleinen Strukturen erstrebenswert, gerade für die Biodiversität. In Bayern gibt es mehr und dafür kleinere Höfe als anderswo. Wenn wir die durchschnittlichen Zahlen anschauen, stellen wir fest: In Bayern sind diejenigen Betriebe, in denen wesentlich weniger Dünger anfällt, und daher findet sich auch wesentlich weniger Nitrat im Grundwasser. Wer da von einer Agrarindustrie spricht, wie das die GRÜNEN tun, hat von der bayerischen Wirklichkeit leider keine Ahnung. Man muss nur nach Norddeutschland fahren, wo auch die GRÜNEN und die SPD das Sagen haben, um dort zu sehen, was hier passiert.

Kommen wir zum Thema Wasser: Der Nitratgehalt im Wasser ist ein Thema, das uns oft beschäftigt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Ländervergleich bezüglich der Einhaltung des gesetzlichen Grenzwertes von 50 Mikrogramm Nitrat pro Liter Wasser zeigt: Bei nur 6 % der Messstellen in Bayern wird dieser Wert überschritten. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird der Grenzwert an nahezu 30 % der Messstellen überschritten. Das zeigt: Unsere Methoden greifen. Grundwasserschutz und damit Trinkwasserschutz hat für uns oberste Priorität.

(Beifall bei der CSU)

Die neue Düngeverordnung wird dazu beitragen, die Situation in Bayern weiter zu verbessern. Hierbei handelt es sich um die Umsetzung der auf europäischer Ebene be-

schlossenen Nitrat-Richtlinie. Wir sind hier auf der Höhe der Zeit, und wir halten uns an die einheitlichen EU-Vorgaben. Es ist daher nicht notwendig, unsere Bauern jetzt schon wieder mit mehr Regelungen und mehr Bürokratie zu belasten.

(Zuruf von der SPD)

Wir setzen auf Freiwilligkeit, auf freiwillige Maßnahmen statt auf Verordnungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der deutschlandweite Rückgang an Insekten- und Vogelarten ist drastisch und alarmierend. Das haben wir an dieser Stelle und auch im Umweltausschuss immer wieder thematisiert. Allerdings befinden wir uns erst am Anfang der Ursachenforschung. Von daher ist es unverständlich und wenig hilfreich, wenn wir reflexartig immer gleich die Landwirtschaft zum Sündenbock erklären. Unsere Landwirte und Waldbesitzer prägen und pflegen mit viel Einsatz, Verantwortung und Weitblick die einzigartigen Landschaften in Bayern.

(Zuruf von der SPD)

Für den Verlust von Insekten- und Vogelarten gibt es vielerlei Gründe. Der voranschreitende Klimawandel spielt hierbei eine große Rolle. Aber jeder Einzelne muss sich auch fragen: Was können wir tun, was kann jeder Garten- oder Hausbesitzer tun, um weiter für Brutmöglichkeiten, Futterquellen oder Blühflächen zu sorgen?

Die Staatsregierung sieht für den Artenschutz einige Maßnahmen vor. Eine davon ist der neue Blühpakt. Er beinhaltet eine breite Infokampagne für die Bevölkerung, für ein bienen- und insektenfreundliches Umfeld auf Balkonen und in Gärten. Der Wettbewerb "Blühender Betrieb" soll die rund 2.300 freiwilligen Mitglieder des Umweltpakts zur Schaffung von mehr Blühflächen auf den Betriebsgeländen motivieren. Dazu gehört auch eine Initiative für Wildbienenhotels innerhalb des Behördennetzes. Kern ist jedoch die Initiative "natürlich Bayern". In Kooperation mit den Landschaftspflegeverbänden wird das Umweltministerium in den kommenden fünf Jahren insektenfreundliche

Maßnahmen in den Kommunen umsetzen. Ziel sind möglichst viele bepflanzte öffentliche Flächen.

Ich möchte an dieser Stelle auch unserem Umweltminister Dr. Marcel Huber ein großes Dankeschön dafür aussprechen, dass er in kürzester Zeit so viele Vereine, Verbände, Freiwillige unter einer Idee versammelt hat und jetzt ganz viele diese Idee als ihre eigene weitertragen. Deswegen ein großes Dankeschön an unseren Minister.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch 10 Millionen Euro zusätzlich im Rahmen des kooperativen Vertragsnaturschutzes für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen in die Landwirtschaft bringen. Bis 2019 sollen 100.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche nach den Vorgaben des Vertragsnaturschutzes bewirtschaftet werden. Bis 2030 wollen wir diese Fläche noch verdoppeln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer sieht, was in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch in den Landschaftspflegeverbänden und im Rahmen der Naturpark-Richtlinien umgesetzt wird, der weiß, dass diese Programme gerne angenommen werden und unter dem Strich auch sehr positive Ergebnisse für die Biodiversität in unserem Bayern haben.

In der Naturoffensive Bayern ist der Artenschutz ein globales Thema. Um das exemplarisch herauszunehmen: Ich glaube, die Gründung des neuen Artenschutzentrums in Augsburg wird uns da sehr weit bringen. Über 50 Experten entwickeln dort Maßnahmen zum Artenerhalt. Die Spezialisten haben dabei alle Arten mit ihren regionalen Besonderheiten im Blick. Dabei geht es nicht nur um Theorie und Forschung, sondern mit rund 25 neuen Artenhilfsprogrammen setzt das Zentrum unter anderem Programme für Schmetterlinge, holzbewohnende Käfer oder Moorlibellen in die Praxis um. Wir haben im Umweltausschuss immer beklagt, dass es nur wenige Fachleute gibt, dass

die Anzahl der Experten zurückgeht. Mit so einem Zentrum unterstützen wir die Experten, tragen das Wissen aber auch in die Fläche.

(Beifall bei der CSU)

Als Lehrerin ist es mir ganz wichtig, dass wir hier das umsetzen, was wir bei den Kindern immer fordern: nicht nur Wissen und Können zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden. Wir sind sicher, dass wir da große Erfolge erzielen werden, genauso aber auch mit dem "Masterplan Moore". Bei der Biodiversität gibt es auch schon messbare Erfolge. Im Bereich der Bienenzucht und Imkerei ist es durch die Zusammenarbeit mit den Imkerverbänden und durch staatliche Vorzeigeprojekte wie etwa "Imkern an Schulen" oder "Imkern auf Probe" gelungen, immer mehr junge Menschen für die Imkerei zu begeistern. Die Erfolge in diesem Bereich zeigen, dass wir hier auf die richtigen Methoden und Maßnahmen gesetzt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung für den Natur- und Umweltschutz und zum Erhalt der Artenvielfalt sind zahlreich und vielfältig, und wir setzen jedes Jahr Millionenbeträge dafür ein. Wir wollen die bayerischen Tier- und Pflanzenarten gemeinsam schützen, zusammen mit der Bevölkerung, den privaten Hausbesitzern, den Hobbygärtnern, den Imkern und den berufsmäßigen Land- und Forstwirten.

Wir setzen auf Naturschutz in der Fläche. Mit seit dieser Woche 62 Landschaftspflegeverbänden und 19 Naturparks erreichen wir 90 % der Fläche. Wir wollen nicht verbieten, sondern alle Menschen mitnehmen. Wir setzen durch Aufklärung und Wissensvermittlung darauf, dass die Sensibilität für dieses wichtige Thema erhöht wird, und schaffen die notwendigen Voraussetzungen für mehr Biodiversität, ohne die Beteiligten durch Verbote und Bürokratie zu gängeln. Es soll ein Thema für jedermann werden, nicht nur für Verwaltungen oder Verordnungen. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf der GRÜNEN ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als letzte Rednerin der CSU-Fraktion möchte auch ich mich bei Ihnen, Herr Dr. Magerl, recht herzlich bedanken. Die letzten fünf Jahre im Umweltausschuss waren spannende Jahre. Wir haben uns intensiv auseinandergesetzt, wir haben um Lösungen gerungen. Aber das Wichtigste war: Wir hatten immer einen fairen, respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander. Ich meine, das ist auch Ihnen, dem Vorsitzenden, zuzuschreiben. An dieser Stelle wünsche ich Ihnen für's "Auswildern" alles Gute. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Herr Kollege von Brunn ist schon am Rednerpult. Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Schorer-Dremel, es bringt uns nicht weiter, wenn die CSU und die Staatsregierung jedes einzelne Programm, sei es auch noch so klein, hier erwähnen, um zu belegen, was sie alles für den Artenschutz tun. Es kommt darauf an, welche Ergebnisse man erzielt. Wenn Sie ehrliche Politik machen wollen, dann müssen Sie sich an den Ergebnissen dieser Politik messen lassen. Diese Ergebnisse sind aber schlecht. Wir haben in Bayern einen ständigen Artenverlust. Wir haben zu wenig Daten, wir haben zu wenig Artenschutz, aber Sie versuchen, darüber die Öffentlichkeit und den Bayerischen Landtag mit solchen Reden, wie gerade eine gehalten worden ist, hinwegzutäuschen.

Gerade Artenschutz ist kein Nebenaspekt der Umweltpolitik; denn unsere eigenen Lebensgrundlagen sind durch ein Massenaussterben von Tieren und Pflanzen, wie es bisher in der Erdgeschichte nur wenige Male vorgekommen ist, in Gefahr. In diesem Fall sind wir, durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften, die Ursache. Dieses Massenaussterben findet auch in Bayern statt. Noch einmal: Bisher haben Sie kein effektives Mittel aufgeboten, um es zu stoppen. Im Gegenteil, nach Ihren eigenen Daten sind 44 % der in Bayern heimischen Vögel entweder schon ausgestorben, vom Aus-

sterben bedroht oder gefährdet. Das Gleiche gilt für die Insekten. Fast die Hälfte der bayerischen Insektenarten ist bereits ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder gefährdet. Die bayerischen Schmetterlingsbestände sind in den letzten 50 Jahren sogar um bis zu 90 % zurückgegangen. Das sagen die Forscher der zoologischen Staatssammlung. Die Daten belegen: Es ist fünf nach zwölf in Bayern. – Vor allem das Insektensterben hat nämlich enorme Auswirkungen auf die ganze heimische Natur und das gesamte Ökosystem, aber auch auf die Landwirtschaft. Es gefährdet nämlich unsere Landwirtschaft, wenn die bestäubenden Insekten wie Wildbienen, Hummeln und Schmetterlinge auszusterben drohen. Das gefährdet auch die Wildpflanzen, und es gefährdet Tierarten wie Vögel, die auf Insekten als Nahrung angewiesen sind. Wenn man das in ein Bild übersetzen will, dann stehen wir auf einem steilen Hang, den wir selbst immer weiter untergraben. Irgendwann kommt alles ins Rutschen und wenn das soweit ist, dann werden wir alle mitgerissen.

Die Fraktion der GRÜNEN legt heute einen Gesetzentwurf vor, der dem zumindest teilweise entgegenwirken soll. Dieser Gesetzentwurf basiert vor allem auf Anträgen, die wesentlich von Herrn Kollegen Dr. Christian Magerl stammen, der heute seine letzte Plenarsitzung im Bayerischen Landtag – kann ich "genießt" sagen? –

(Nicken des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– genießt. Christian, ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Dir im Namen unserer Fraktion herzlichen Dank für Deine großartige Arbeit und Deinen großen Einsatz für die bayerische Natur und die Erhaltung unserer bayerischen Heimat auszusprechen. Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf, ich sage jetzt einfach Dein Entwurf, enthält viele Forderungen, die auch wir unterstützen wie beispielsweise der Schutz von Dauergrünland und das Verbot seines Umbruchs, die Verbesserung des Biotopschutzes und eine stärkere Berücksichtigung in der Landesplanung, das Verbot von Pestiziden im öffentlichen Be-

reich und in Schutzgebieten, die Einführung von Gewässerrandstreifen. Das andere hast du selbst schon gesagt.

Ich gieße aber etwas Wasser in den Wein; denn der Gesetzentwurf kann und darf sicherlich noch erweitert werden, um den Artenschutz in Bayern wirklich umfassend sicherzustellen. Er ist also noch kein vollständig ausgestatteter Instrumentenkasten gegen das Insekten- und Artensterben. Aus unserer Sicht das Wichtigste ist, dass wir die Landwirte in Bayern viel stärker und besser dabei unterstützen, damit die Landwirtschaft wirklich umweltfreundlich wird. Die CSU-Staatsregierung hat in ihrem letzten Bericht zum Insekten- und Vogelsterben im Umweltausschuss ein weiteres Mal, nach der Antwort auf unsere große Interpellation zum Zustand der Natur in Bayern, offen eingeräumt, dass eine der wesentlichen Ursachen für das Artensterben der Nutzungswandel und die Veränderungen in der modernen Landwirtschaft sind, die Entwicklung hin zu einer immer intensiveren Bewirtschaftung, die Bildung immer größerer Betriebe und der Rückgang der kleinen Landwirtschafts- und Nebenerwerbsbetriebe. Das Aussterben von Tieren und Pflanzen steht, so sagen Sie selbst, in engem Zusammenhang mit der Flurbereinigung, dem Vormarsch von Chemie, Mechanisierung und Großbetrieben, mit dem Verlust an Vielfalt in der Bewirtschaftung. Das ist eine Entwicklung, die viel zu lange unter der Überschrift "Wachsen oder Weichen" vorangetrieben wurde. Die Landwirtschaftspolitik in Europa und in Bayern muss sich ändern. Wir müssen den landwirtschaftlichen Betrieben viel stärker als bisher helfen, eine naturschonende Bewirtschaftung zu ermöglichen. Wir müssen den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft drastisch reduzieren, wir müssen die Überdüngung zurückfahren und extensiver, nicht immer intensiver wirtschaften.

(Martin Schöffel (CSU): Machen Sie das mal in den Bundesländern, wo Sie das Sagen haben!)

– Es ist klar, dass Ihnen das nicht gefällt; denn das steht Ihrer Lobbypolitik entgegen. In einem Artenschutzgesetz sollte das aber nicht fehlen, genauso wenig wie eine entschiedene Bekämpfung der Umweltkriminalität. Ein umfassendes Artenschutzgesetz

müsste auch endlich die Ziele der Bayerischen Biodiversitätsstrategie gesetzlich, verbindlich und messbar festschreiben. Vielleicht kann man das in der nächsten Legislaturperiode nachholen. Ob das aber mit der CSU geht, da melde ich ernsthafte Zweifel an. Sie wollen statt einer umweltfreundlichen Landwirtschaft eine – wie nennen das die Herren Söder und Huber? – landwirtschaftsverträgliche Umweltpolitik. Sie wollen also lobbyverträgliche Umweltpolitik. Das ist es, was Sie meinen. Dann sagen Sie das doch auch so. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was heute notwendig ist. Ihre Naturoffensive ist doch vor allem eine Tourismusoffensive, im Übrigen inklusive Straßenbau und vielleicht mit ein bisschen mehr Naturschutz. Oder wenn ich Ihren Blühpakt anschau, dann gewinne ich den Eindruck, nicht zuletzt weil das Ganze verbunden ist mit Ihrem ständigen Beharren auf der Freiwilligkeit, dass Sie den Natur- und Artenschutz entweder nicht durchsetzen wollen oder können. Ich glaube eher, Sie wollen es nicht. So bekommt man die großen Probleme wie das rasante Artensterben aber sicher nicht in den Griff. Sie machen vor allem CSU-Wahlkampf und Ablenkungsmanöver. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen echten Natur- und Artenschutz. Deswegen werden wir dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Jetzt für die FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Zierer. Bitte.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian, vielen Dank für die Zusammenarbeit von deiner Seite mit der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Du warst nie so blauäugig, du hast immer gewusst, dass deine Arbeit das Bohren dicker Bretter sein wird. Deine Anträge, deine Intention und deine Arbeit hier hat uns aber alle auf einen Weg gebracht, von dem wir wissen, dass er der richtige ist. Vielleicht sind wir ab und zu bei der Geschwindigkeit nicht immer einig. Die Ansätze, die Anträge haben aber in die richtige Richtung gezielt. Den Weg in dieser Richtung werden wir oder andere versuchen müssen, weiterzugehen und die Bevölkerung und alle davon Betroffenen mitzunehmen. Das ist der

Wunsch, ich denke auch von deiner Seite, und dem möchte ich mich anschließen. Vielen Dank für deine gute, überparteiliche Zusammenarbeit mit dem Ausschuss. Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

In den vergangenen fünf Jahren haben wir an dieser Stelle, aber auch im Umweltausschuss, viele Debatten zum Thema Artenschutz geführt. Experten haben uns bestätigt, dass der Handlungsbedarf groß ist, vor allem, aber nicht nur, um den Artenverlust bei den Insekten aufzuhalten und die Situation zu verbessern. Ende Juli ist dann die Staatsregierung, wie man in Bayern so schön sagt, "gangig" worden. Natürlich ist auch viel Marketing dabei, gerade in Wahlkampfzeiten. Ich denke an das Donauaquarium und das Waldinformationszentrum. Das kann man schon machen, einen wirklichen Nutzen für den Erhalt der Biodiversität hat das aber nicht. Es sind aber auch Punkte dabei, die wirklich etwas bringen, und die uns FREIEN WÄHLERN immer wichtig waren. Der kooperative Naturschutz wird gestärkt, Naturparks und Landschaftspflegeverbände werden besser ausgestattet. Das sind Einrichtungen, die vor Ort Maßnahmen durchführen und dadurch auch Akzeptanz schaffen.

Das ist der richtige Weg. Statt einem "Blühpakt Bayern", was sich sicherlich gut anhört, wäre uns viel lieber gewesen, den Kommunen das Konzept der "Eh-da-Flächen" schmackhaft zu machen. Leider war dafür die Zeit noch nicht reif. Auf freiwilliger Basis und mit wissenschaftlicher Begleitung werden die einzelnen Kommunen unterstützt, werden maßgeschneiderte Konzepte erarbeitet, wie ungenutzte Flächen ökologisch aufgewertet werden können. Wir begrüßen zusätzliche Artenhilfsprogramme; wir begrüßen, dass etwas vorangeht.

Wir glauben nicht, dass es ein Artenschutzgesetz in dieser Form braucht, wie es die GRÜNEN vorgelegt haben. Es ist positiv, dass die Bedeutung von Kleinstrukturen in der Landwirtschaft betont wird. Die Förderung unserer Landwirte soll und muss verbessert werden; denn sie erbringen auch Umweltleistungen. Wir brauchen wieder

mehr Säume, Hecken und Gehölze in der Landwirtschaft und in der Landschaft. Das ist sehr wichtig, wenn wir Lebensräume für möglichst viele Arten schaffen und sie auch erhalten möchten.

Im Gegenzug aber das Ziel einer flächendeckenden Landwirtschaft aufzugeben, ist sicherlich nicht zielführend; gerade sie ist der Garant für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Das funktioniert nur, wenn wir Akzeptanz schaffen mit Anreizen für freiwillige Maßnahmen, zum Beispiel über den Vertragsnaturschutz. Aber wie immer im Leben gilt: Zu viel Regulierung, zu viele Vorgaben hemmen auch. Das ist kontraproduktiv. Aus diesem Grund werden auch die FREIEN WÄHLER den Gesetzesvorschlag der GRÜNEN – in der Gesamtschau hat er positive Aspekte – ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber ums Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Thema hat Frau Kollegin Schorer-Dremel alle Argumente und die Fakten, wie ich glaube, vorbildlich vorgetragen; deshalb von mir nur noch ein paar Bemerkungen.

Wir haben deutliche Parallelen zum vorherigen Thema. Wir sind uns einig in der Analyse, dass etwas passieren muss, dass hier noch zu wenig geschieht. Wir haben hier ein brisantes Geschehen vor uns. Dass wir allerdings unterschiedliche Wege gehen wollen, ist ebenfalls eine Parallelität: Sie mit Ordnungsrecht und wir mit einem Weg, auf den wir alle mitnehmen wollen.

Das über Ordnungsrecht zu machen, ist bei diesem Thema schlecht; denn hier sind alle gefragt, mitzumachen. Im Übrigen hat der Weg, den Sie vorgeschlagen haben, auch viele Nachteile; einige Dinge werden doppelt geregelt. Wir werden uns heute zu dieser Stunde sicherlich nicht mehr einig werden. Darüber werden wir keinen Konsens

mehr bekommen. Sie alle wollen um 17.00 Uhr fertig sein, deshalb will ich an dieser Stelle die Debatte darüber schließen.

Zwei Gedanken möchte ich Ihnen aber noch mitgeben, werte Kolleginnen und Kollegen: Erstens. Wenn Themen wie diese beiden Gesetzentwürfe vorliegen, bei denen wir uns einig sind, dass wir in Bayern etwas beitragen müssen, um ein deutsches, ein europäisches, ein globales Problem zu lösen, wenn wir uns einig sind, dass es brisant ist und wir uns bloß über das Wie uneinig sind, dann sollten wir vermeiden, uns gegenseitig mit Polarisierung und Polemik zu überschütten.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Der Aufbau von Gegensätzen, zum Beispiel der natürlichen Gegner konventionelle Landwirtschaft und Umweltschutz, bringt uns ebenfalls nicht weiter. Ich sage das ausdrücklich als letzter Redner in dieser Legislaturperiode. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass hier im Landtag ganz andere Kolleginnen und Kollegen sitzen werden. Die Kräfte, die sich über Ziele und in der Analyse einig sind, sollten sich nicht über den Weg der Polarisierung unterhalten. Die Kräfte der Mitte sollten hier stärker zusammenwirken und nach einer gemeinsamen Lösung suchen.

Zweitens. Wir haben heute nicht nur einen Vorsitzenden des Umweltausschusses zu verabschieden, sondern auch noch dessen Stellvertreter, der heute ebenfalls seinen letzten Arbeitstag hat. Ich darf Dr. Magerl und Dr. Hünnerkopf herzlich für ihre Arbeit danken.

(Allgemeiner Beifall)

Bei aller Kontroverse der Themen darf ich beiden attestieren, wesentlich dazu beigetragen zu haben, dass in diesem Ausschuss immer fair gearbeitet worden ist. Möget ihr es euch in der neuen Freiheit gutgehen lassen! Ich wünsche euch alles Gute bei der Auswilderung.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aussprache geschlossen, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/23106 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER sowie der Kollege Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.